

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Ministerpräsident stellt
zukünftiges Regierungs-
programm vor



Seite 13:
Landtagspräsident
spricht zum
Neujahrsempfang



Seite 21:
Gedenkveranstaltung
am 27. Januar mahnt zur
Erinnerung

Ausgabe
1.20



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

nichts rechtfertigt politisch motivierte Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte oder Volksvertreter. Wer so etwas tut, der stellt sich gegen unsere staatlichen Fundamente, der bedroht unsere demokratische Gesellschaft. Diese Botschaft habe ich bei mehreren Gelegenheiten immer wieder verdeutlicht. Den linksextremistischen Übergriffen in Leipzig widmete sich auch der Sächsische Landtag in seiner 5. Sitzung. Dabei wurde erneut klar: Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker kennen die Problemlagen. Unser Rechtsstaat arbeitet wirksam und schützt das Gemeinwesen.

Gerade in der Zeit um den 27. Januar, in der wir der Opfer des Nationalsozialismus gedenken, befremden mich Angriffe auf unseren demokratischen Staat und unsere freie Gesellschaft besonders – egal aus welcher extremistischen Ecke sie kommen. Wenn Rechtsstaat und Demokratie in Verruf gebracht werden, Hass auf Andersdenkende besteht, dann müssen wir alle dagegen vorgehen. In besonderem Maße gilt das bei Antisemitismus, der unsere immerwährende Gegenwehr verlangt – in den Kommunen, in Vereinen, im privaten Umfeld. Menschenverachtung hat in Deutschland keinen Platz. Wir mussten schon einmal erleben, wohin Hass führt. Unser aller Verantwortung ist, es nie wieder geschehen zu lassen. Das hat mir die Gedenkstunde des Landtags am 27. Januar, dem 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, erneut verdeutlicht.

Vor allem Politik darf nie darin bestehen, den Menschen Angst einzujagen oder in irgendeiner Form Hass und Wut zu schüren. Verantwortlich handelnde Politik heißt immer positive Verantwortung den Menschen und dem Land gegenüber. In meiner Neujahrsansprache habe ich genau diesen wichtigen Punkt hervorgehoben. Und ich habe an Zuversicht, Mut und Zukunftswillen appelliert, weil ich glaube, dass in unserem schönen Land zu viel von Abstieg und Niedergang geredet wird. Lassen wir unseren Blick nach vorn nicht von Ängsten oder Nervosität bestimmen! Besinnen wir uns auf unsere Stärken! 30 Jahre nach der Wiedergründung des Freistaates Sachsen sollten wir alle miteinander mehr Vertrauen in unser Land und seine Menschen haben. Das ist meine Devise für das Jahr 2020.

Matthias Rößler
Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

5. Sitzung des Sächsischen Landtags »Was wir zusagen, gilt und wird umgesetzt« Ministerpräsident präsentiert Regierungsprogramm im Landtag	4
5. Sitzung des Sächsischen Landtags Rechtsstaat und Sicherheit Aktuelle Debatte über linksextreme Gewalt und Polizeieinsätze in Leipzig-Connewitz	6
5. Sitzung des Sächsischen Landtags Vergangenheit und Gegenwart AfD thematisiert frühere Mitgliedschaft der Justizministerin in Punkband	7
6. Sitzung des Sächsischen Landtags Verhandlungen statt Muskelspiele DIE LINKE positioniert sich gegen eine NATO-Übung	8
6. Sitzung des Sächsischen Landtags Sorge um Sachsens Wälder BÜNDNISGRÜNE setzen den kritischen Zustand des Waldes auf die Tagesordnung	10
Hintergrund: Waldzustand in Sachsen	11
6. Sitzung des Sächsischen Landtags Wertschätzung für Azubis SPD will Rahmenbedingungen für berufliche Bildung verbessern	12

AKTUELLES

»Mehr Zutrauen in unser Land und seine Menschen« Landtagspräsident fordert in Neujahrsansprache nachhaltige Politik ohne »hysterische Szenarien und radikale Kehrtwenden«	13
»Jeder Einzelne muss Antisemitismus bekämpfen« Gedenkstunde am 27. Januar 2020 im Sächsischen Landtag	21

PARLAMENT

Die Ausschüsse und Gremien der 7. Wahlperiode	16
Neue Abgeordnete verpflichtet Regierungsbildung bringt neues Personal in den Landtag	18
Laufende Gesetzgebung	19
Volksantrag-Initiatoren sprechen erstmals im Plenum Landtag diskutiert längeres gemeinsames Lernen	20

SERVICE

Weitere Informationen	24
------------------------------------	----

// Titel: Blick in den Plenarsaal // Foto: S. Füssel



PLENUM

Regierungserklärung, Linksextremismus, Waldsterben

Foto: O. Killig

// In der 5. Sitzung des Sächsischen Landtags, am 29. Januar 2020, stellte Ministerpräsident Michael Kretschmer das Regierungsprogramm der kommenden Jahre vor. Die Abgeordneten debattierten zudem über linksextreme Gewalt sowie die Vergangenheit von Staatsministerin Katja Meier. Am 30. Januar 2020 beinhaltete die Aktuelle Stunde der 6. Plenarsitzung die Themen NATO-Manöver, Waldsterben und berufliche Bildung. //



// Ministerpräsident Michael Kretschmer // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

»Was wir zusagen, gilt und wird umgesetzt«

Ministerpräsident präsentiert Regierungsprogramm im Landtag

// Zu Beginn der 5. Sitzung des Sächsischen Landtags, am 29. Januar 2020, stellte Ministerpräsident Michael Kretschmer das Programm der neuen Staatsregierung vor. Es trägt den Titel »Gemeinsam für Sachsen – Erreichtes bewahren, Neues ermöglichen, Menschen verbinden«. Die Koalitionsparteien erkennen eine neue politische Kultur für Sachsen, nach Meinung der Opposition gehen die Ankündigungen in die falsche Richtung. //

Staatsregierung: Bewahren und Ermöglichen

Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, betonte zu Beginn seiner Rede, mit dem ausgearbeiteten Regierungsprogramm stelle man die Interessen Sachsens an die erste

Stelle. Das Ziel der neuen Regierung sei es, 30 Jahre nach der deutschen Einheit Erreichtes zu bewahren, Neues zu ermöglichen und Menschen zu verbinden. Priorität habe unter anderem das Verhältnis von Stadt und Land, konkret der soziale Wohnungsbau in den

wachsenden Metropolen sowie Investitionen in die Zukunft der ländlichen Regionen. Um seinen hohen Wohlstand zu sichern, müsse Sachsen bei Innovationen und Entwicklungen Schritt halten und weitere Fachkräfte gewinnen, auch aus dem Ausland. Beim Klimaschutz

und vor allem der Energiewende brauche es gesellschaftliche Akzeptanz sowie kluge Ideen. Um den Lehrermangel zu beheben, sei die Verbeamtung eine richtige Entscheidung gewesen. Außerdem schaffe die neue Regierung 300 zusätzliche Studienplätze für Lehramtsstudenten.

// Christian Hartmann

// Jörg Urban

// Rico Gebhardt

// Franziska Schubert

// Dirk Panter



AfD: Regierung bietet keinen Neuanfang

Im Anschluss sprach Jörg Urban, AfD. Er warf dem Ministerpräsidenten vor, in der aktuellen Koalition konservative Werte über Bord zu werfen. Die Regierung verteile den Überschuss des letzten Jahres. Sie blähe den Beamtenapparat weiter auf, obwohl sie sich vorgenommen habe, die Bürokratie zu senken. In der Bildungspolitik solle Sachsen das bisherige System bewahren. Die Gemeinschaftsschule schärfe nicht die Begabungsprofile der Schüler, sondern werfe unterschiedliche Leistungsniveaus in einen Topf. Die sächsische Kultur verkomme im Koalitionsvertrag zu einer rein touristischen Ware, von Brauchtum und Tradition sei überhaupt nicht die Rede. Beim Thema Energie vernichte die Regierung Werte, indem sie Kohlekraftwerke abschalte und erneuerbare Energien fördere. Diese würden unzuverlässig Strom liefern, den Verbraucher belasten und nie wettbewerbsfähig oder wertschöpfend sein.

CDU: Stärkung des Zusammenhalts

Christian Hartmann, CDU, sprach in seiner Rede davon, dass eine Koalition nicht von allein entstehe und das Ergebnis harter Verhandlungen sei. Die Wahlen im gesamten Osten hätten das politische Koordinatensystem verschoben, damit müsse man auch in Sachsen umgehen. Das neue Regierungsbündnis verspreche die größte Chance auf eine stabile und leistungsfähige Regierung. Dank seiner fleißigen und mutigen Menschen sei Sachsen ein starkes und erfolgreiches Bundesland. Diese Erfolgsgeschichte wolle man fortschreiben. Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zähle dabei zu einer zentralen politischen Aufgabe. In diesem Jahr noch solle

ein Sofortprogramm umgesetzt werden, das unter anderem den Rechtsstaat und die Justiz stärke, die Feuerwehren und den Opferschutz fördere sowie die Unterstützung des Ehrenamts und der Freiwilligendienste weiter voranbringe.

DIE LINKE: Erwartungen nicht erfüllt

Er finde im Koalitionsvertrag manche Ankündigung, die den eigenen Forderungen entspreche, sagte Rico Gebhardt, DIE LINKE. So wäre es gut, wenn die Kitas tatsächlich mehr Personal und die Hochschulen mehr Geld bekämen. Ein Personalentwicklungskonzept für den öffentlichen Dienst, ein Integrationsgesetz und auch ein Gleichstellungsgesetz wären für Sachsen ebenfalls gut. Allerdings werde die Regierung die an sie gestellten Erwartungen enttäuschen. Von den gemachten Versprechen seien nur ein Zehntel finanzierbar. Die Regierung spreche gern von »normalen Leuten«, die hart arbeiten, lasse diese aber mit den größten Problemen allein. Es sei fraglich, wie Klimaschutz für alle sozialen Schichten ermöglicht werde, ohne die zu überfordern, die nicht viel haben. Enttäuschungen werde es zudem geben, weil die Regierung die Struktur Nachteile der Ostdeutschen hinnehme und nur halbherzig für höhere Löhne kämpfe.

BÜNDNISGRÜNE: Kompromissfähigkeit ist wertvoll

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, stellte an den Beginn ihrer Rede ein Zitat von Dietrich Bonhoeffer. Nach dessen Worten sei die Verantwortungsbereitschaft der Ursprung einer Tat und daran hätten sich die drei neuen Koalitionspartner gehalten. Kompromissfähigkeit sei ein besonderer Wert in einer

Welt, die im Umgang miteinander und in der Sprache immer kompromissloser werde. Dies zeige sich unter anderem in der neuen Geschäftsordnung des Landtags. So hätten die BÜNDNISGRÜNE die Rolle des Parlaments und die Rechte der Opposition in der Geschäftsordnung gestärkt. Eine Leitlinie, die sich im Koalitionsvertrag zeige, sei das Thema Nachhaltigkeit. Lösungen beim Thema

kontinuierliche Arbeit leisten und den Koalitionsvertrag umsetzen, um in fünf Jahren eine gute Regierungsbilanz zu ziehen. Es gehe in der Koalition nicht darum, es allen recht zu machen. Unterschiedliche Meinungen werde es weiterhin geben. Im Sinne guter Lösungen sei es daher wichtig, zuzuhören und Argumente abzuwägen. Besonders kümmern werde man sich um die soziale Gerechtigkeit



Wir investieren in alle ländlichen Regionen, weil wir wollen, dass die Menschen dort eine gute Zukunft haben.

// Michael Kretschmer

5. Sitzung des Sächsischen Landtags

Klimawandel hätten dann eine hohe Akzeptanz, wenn man sie mit den Menschen vor Ort schaffe. Investitionen bräuchte es vor allem in regionale Wirtschaftskreisläufe. Auch sei eine Wirtschaftsstruktur, die wenig CO₂ verbräuche, notwendig.

SPD: Gemeinsamkeiten werden deutlich

Für die SPD-Fraktion sprach Dirk Panter. Er sagte, die neue Koalition sei weder eine Selbstverständlichkeit noch eine Pflichtübung. Vielmehr hätten es die Koalitionspartner geschafft, ihre Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Man werde

keit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das schließe auch die Veränderungen in der Arbeitswelt sowie die Frage nach sicheren und nach Tarif bezahlten Arbeitsplätzen ein. Wichtig sei zudem das Thema Bildungsgerechtigkeit, die allen eine Chance gebe – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Gedenken für Andreas Hahn (1951 – 2020)

Der Landtag ehrte den am 13. Januar verstorbenen Andreas Hahn, CDU, mit einer Gedenkminute. Er gehörte von 1990 bis 2004 dem Sächsischen Landtag an. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählte die Haushalts- und Finanzpolitik.



// Andreas Nowak im Gespräch mit
Henning Homann // Foto: O. Killig

5. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Rechtsstaat und Sicherheit

Aktuelle Debatte über linksextreme Gewalt und Polizeieinsätze in Leipzig-Connewitz

// Am 29. Januar 2020 diskutierte der Sächsische Landtag über den Antrag der CDU-Fraktion »Wer Polizisten angreift, greift uns alle an. Linksextreme Gewalt in Connewitz konsequent bekämpfen«. Anlass waren mehrere gewalttätige Vorfälle im Leipziger Stadtteil Connewitz sowie die damit verbundenen Polizeieinsätze. //

Keine rechtsfreien Räume

Rico Anton, CDU, mahnte zu Beginn, die Ereignisse der letzten Monate in Leipzig seien eine Spirale linksextremer Gewalt, die jede Hemmung verloren habe. Sie stelle das Gewaltmonopol des Staates infrage. Man dulde jedoch weder rechtsfreie Räume, noch lasse man zu, dass Polizisten angegriffen würden. Sie verdienten Respekt und hätten ein Recht auf körperliche Unversehrtheit. Nach den Vorfällen an Silvester hätten manche versucht, aus Opfern Täter zu machen.

Polizisten übten ihren Beruf aus, um Menschen und deren Eigentum zu schützen, so Sebastian Wippel, AfD. Sie hätten diesen Beruf nicht gewählt, um sich beleidigen oder mit Steinen bewerfen zu lassen. Der Rechtsstaat dürfe solche Dinge nicht hinnehmen. Die Polizei müsse bei Vorfällen wie an Silvester oder der jüngsten Indymedia-Demonstration in Leipzig hart durchgreifen, anstatt tatenlos zuzuschauen und auf eine Deeskalationspolitik zu setzen.

Polizeiliches Handeln prüfen

Das Auftreten der sächsischen Polizei in Leipzig bewertete danach Rico Gebhardt, DIE LINKE. Es stelle sich die Frage, ob sich die Polizei mit ihrem Agieren, wie zuletzt, nicht selbst ein Bein stelle. Rechtsstaatlichkeit zeige sich darin, knüppelnde Einsätze zu vermeiden und im Vorfeld Gewalt abzubauen. Es gehe darum, nicht erst während eines Einsatzes zu deeskalieren, sondern schon viele Wochen zuvor. Übertriebene Berichte über das Geschehene schadeten zudem der Glaubwürdigkeit der Polizei.

Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE, pochte darauf, dass Gewalt in einem Rechtsstaat niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sei. Die Gewaltexzesse in Connewitz an Silvester sowie bei den Demonstrationen Mitte Januar verurteile man klar und entschieden. Die Aufgabe von Polizei und Justiz sei es, Straftaten aufzuklären und zu verfolgen. Gleichzeitig müsse es erlaubt sein, polizeiliches Handeln zu hinterfragen.

Prävention ernst nehmen

Für Albrecht Pallas, SPD, reihen sich die diskutierten Vorfälle in Leipzig in eine jüngste Serie von militanten Gewalttaten ein. Um urbane Gewalt langfristig zu bekämpfen, müssten Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Auch die Medien dürften sich nicht weiter aktiv an der allgemeinen Empörung beteiligen. Vielmehr müsse etwas im präventiven Bereich getan werden, beispielsweise in der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit.

Am Ende der Debatte ergriff der Staatsminister des Innern, Prof. Dr. Roland Wöllner, das Wort. In Sachsen stehe man in der Tradition der Friedlichen Revolution. Ihr Erbe der Rechtsstaatlichkeit, vor allem aber der Friedlichkeit, solle man bewahren. Die Menschen vertrauten dem Staat, dass er diese Rechtsgüter schütze. In Sachsen nehme man Rechtsextremismus sehr ernst, beobachte aber auch mit Sorge die zunehmende Zahl gewaltbereiter Linksextremisten.



// Sebastian Wippel //
Foto: O. Killig

5. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Vergangenheit und Gegenwart

AfD thematisiert frühere Mitgliedschaft der Justizministerin in Punkband

// In der zweiten Aktuellen Debatte am 29. Januar 2020 debattierte der Landtag über die Vergangenheit von Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Die AfD hatte die Aussprache mit dem Titel »Advent, Advent, ein Bulle brennt – Wie viel Linksextremismus hat Platz in Sachsen?« beantragt. //

Kein klares Bekenntnis

Sebastian Wippel, AfD, hielt Justizministerin Katja Meier vor, in ihrer Jugend Mitglied einer Punkband gewesen zu sein, die gewaltverherrlichende Lieder gespielt habe. Meier habe sich nicht hinreichend distanziert und die Chance verpasst, eine klare Aussage zu den bekannt gewordenen Liedern abzugeben. Auch wenn dies wie eine Jugendsünde erscheine, dürfe sie nicht als solche hingenommen werden.

Martin Modschiedler, CDU, sagte zu Beginn seiner Rede deutlich, dass Linksextremismus in Sachsen keinen Platz habe. Der AfD-Fraktion warf er vor, mit der Debatte auf die Staatsministerin zielen zu wollen. Es sei der durchsichtige Versuch, die gesamte Koalition in Misskredit zu bringen. Jeder Mensch könne sich weiterentwickeln, eigene Positionen überdenken und auch Fehler eingestehen. Katja Meier habe sich von den damaligen Texten distanziert.

Warnung vor Doppelmoral

Mirko Schultze, DIE LINKE, entgegnete der AfD, sie solle sich fragen, ob die Maßstäbe, die sie anlege, nicht auch für sie selbst gelten sollten. Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut und könne weit ausgelegt werden. Die AfD hingegen versuche jeden an den Pranger zu stellen, der nach ihrem Verständnis nicht ihrer Meinung sei. Wenn man schon behaupte, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, dann solle man auch die Rechtsprechung zur Meinungsfreiheit kennen.

Nach Ansicht von Valentin Lippman, BÜNDNISGRÜNE, gehe es der AfD darum, eine angeblich riesengroße linksextreme Verschwörung herbeizureden. Die Partei kriminalisiere jeden, der nicht in ihr rechtes Weltbild passe. Eine Politik, die nicht gestalten und nur zurück wolle, komme nicht ohne Feindbilder aus, wie sie gerade konstruiert würden. Außerdem solle sich die AfD vor Doppelmoral hüten, anstatt über längst vergangenen den Stab zu brechen.

Demokratische Ordnung schützen

Frank Richter, SPD, hob hervor, dass die Demokratie unter besonderem Druck stehe. Respekt, Anstand und wahrheitsgemäße Sprache gehörten zu den Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens. Wo Verständigung fehle, werde diese Grundordnung angegriffen. Problematisch in dieser Debatte seien nicht die Aussagen der Justizministerin, die sich distanziert habe. Vielmehr liege es an der Unglaubwürdigkeit derjenigen, die diese Aktuelle Stunde beantragt hätten.

Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, bemerkte, die AfD verfolge das Ziel, mit Polemik zu zündeln anstatt über Probleme zu reden. Man müsse klare Kante zeigen gegen politisch motivierte Kriminalität jeglicher Art. Jede Straftat sei eine zu viel. Der im Antrag zitierte Liedtext sei absolut inakzeptabel und die damaligen Lieder der Punkband nicht gutzuheißen. Aufrufe zu Gewalt ließen sich durch nichts rechtfertigen.



Foto: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Verhandlungen statt Muskelspiele

DIE LINKE positioniert sich
gegen eine NATO-Übung

// Die erste Aktuelle Debatte der 6. Sitzung des Sächsischen Landtags am 30. Januar 2020 trug den Titel: »Im 75. Jahr der Befreiung: Von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen: Keine sächsische Unterstützung für das NATO-Kriegsmanöver ›Defender 2020‹«. Antragstellerin zu diesem Thema war DIE LINKE. //

DIE LINKE: Manöver dient nicht dem Frieden

Für DIE LINKE trat zuerst Susanne Schaper ans Rednerpult. Sie kritisierte, dass 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erneut Truppen durch Deutschland marschierte – diesmal geführt durch die NATO, die mit Tausenden Soldaten und Panzern nahe an Russland heranrückte. In diesem Ausmaß sei es die größte NATO-Übung in Europa seit 25 Jahren. Man stehe aber gegenüber dem russischen Volk in der Pflicht,

mit aller Kraft für den Frieden zu streiten. Mit dem Kriegsmanöver übten die NATO-Staaten nicht nur möglichst schnelle Truppenverlegungen, sondern auch einen heißen Krieg gegen Russland. Das Manöver stehe im Widerspruch zum Anliegen des vor 30 Jahren ausgehandelten Zwei-plus-Vier-Vertrages. Man fordere daher, dass Sachsen weder sein Territorium noch die Infrastruktur dafür zur Verfügung stelle. Es brauche Verhandlungen und Kooperationen statt wechselseitiger Provokationen.

CDU: Freiheit dauerhaft schützen

Dr. Stephan Meyer, CDU, erinnerte mit einem Zitat von Kurt Biedenkopf daran, dass Freiheit eine permanente Aufgabe sei. Die NATO habe dazu beigetragen, dass Europa seit 75 Jahren Frieden und Freiheit erlebe. Von einem Kriegsmanöver zu sprechen, blende vollkommen aus, dass dieses Bündnis politisch und militärisch auf gemeinsamen Werten fuße. Man müsse die neue sicherheitspolitische Weltlage realistisch einschätzen. Es

gebe mehr internationale Konflikte und dies solle man auch in Europa wahrnehmen. Das Manöver helfe letztlich vor allem dabei, den Menschen im Baltikum, die ganz anders als Sachsen auf die politische Situation blickten, Sicherheit zu geben. Die Bündnisfähigkeit im Verteidigungsfall müsse gewährleistet bleiben. Die Übung stünde im Einklang mit internationalem Recht, außerdem ließe man Beobachtermissionen zu. Unverändert wichtig sei es, gegenüber Russland weiterhin für eine Entspannungspolitik einzutreten.



// Dr. Stephan Meyer



// Jörg Urban



// Susanne Schaper



// Dr. Daniel Gerber



// Albrecht Pallas

AfD: Geschichte nicht vergessen

Das Kriegsende vor 75 Jahren bedeute das Ende einer Schreckenszeit, in der Millionen Menschen den Tod erlitten, erklärte Jörg Urban, AfD. Es habe den Insassen der Konzentrationslager und Zuchthäuser die ersehnte Freiheit gebracht und auch den nationalsozialistischen Terror beendet. Für viele Menschen, die fliehen mussten, habe das Ende des Krieges jedoch auch Gewalt und Vertreibung, den Verlust von Freiheit und Eigentum bedeutet. Während im Westen Deutschlands die Alliierten die Grundlagen der Nachkriegsdemokratie gelegt hätten, sei im heutigen Ostdeutschland eine weitere Diktatur entstanden, die sich auf sowjetische Panzer stütze. Für die Gegenwart bedeute dies, Kriegspropaganda nicht blind aufzunehmen. Man solle dagegenhalten, wenn erklärt werde, dass die deutsche Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde. Und auch deutsche Politiker sollten widersprechen, wenn Bündnispartner den Frieden gefährdeten.

BÜNDNISGRÜNE: Verpflichtungen erfüllen

Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE, wies darauf hin, dass derartige Manöver immer die Gefahr einer Konfrontation zwischen NATO und Russland bedeuteten. Er erinnerte jedoch auch an russische Aggressionen, wie etwa die völkerrechtswidrige Annexion der Krim.

Die Bevölkerung der baltischen Staaten habe Angst, dass in ihren Ländern Gleiches passiere. Für solche Szenarien stehe die schnelle Eingreiftruppe bereit und deshalb müsse man diese Übung auch durchführen. Die scheinbare Alternative, direkt Truppen im Baltikum zu stationieren, wäre ein friedenspolitischer Super-GAU. Die Bundesrepublik und auch Sachsen seien zur Unterstützung befreundeter Streitkräfte verpflichtet. Zugleich müsse sich die NATO an Vereinbarungen halten und Russland über die Übung informieren. Eine Absage würde die USA isolieren und einem Bruch mit dem Bündnis gleichkommen. Wichtig sei es, militärische Übungen stärker mit friedenspolitischen Initiativen zu verknüpfen.

SPD: Kulturellen Dialog fördern

Albrecht Pallas, SPD, sprach in seiner Rede zunächst ausführlich über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, bevor er seine Position zur aktuellen Debatte erläuterte. Am 1. Februar 2020 entstünden seit Jahrzehnten erstmals wieder Barrieren innerhalb Europas. 66 Millionen Menschen verließen die europäische Familie. Dies stelle einen traurigen Tag für Europa, Deutschland und Sachsen dar. Die Auswirkungen des Brexits werde man deutlich spüren. Es sei zu hoffen, dass die guten Beziehungen zwischen den Völkern Europas erhalten blieben. Man müsse sich weiterhin um einen Dialog zwischen den Kulturen bemühen. Zur

Friedenspolitik gehöre es, an den Ursachen des Unfriedens, etwa dem Nationalismus, zu arbeiten. Gegenüber dem Brexit wirke die geführte Diskussion zum NATO-Manöver »Defender Europe 2020« recht kleinlich. Die Ablehnung einer sächsischen Unterstützung für diese Übung habe nichts mit Friedenspolitik zu tun.

Staatsregierung: Herausforderungen bewältigen

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern, betonte, dass 75 Jahre Frieden in Deutschland und der Mitte Europas keine Selbstverständlichkeit seien. Dazu hätten die Europäische Union und die NATO maßgeblich beigetragen. Die Werte der NATO, Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, seien eine ständige Aufgabe. Hinzu komme, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Dazu zählten eine Reihe von internationalen Konflikten. An der Südflanke der NATO tobe ein Bürgerkrieg, in der Ostukraine gebe es bis heute militärische Konflikte. Mit der NATO-Übung werde getestet, wie schnell sich militärische Kräfte an die Ostflanke verlegen ließen. Damit demonstriere das Bündnis seine Verteidigungsfähigkeit. Deutschland, speziell aber auch Sachsen, komme bei der Logistik des Manövers eine hohe Bedeutung zu. Die Bundesrepublik habe sich im Grundgesetz zu einem System kollektiver Sicherheit verpflichtet, um zum Frieden in der Welt beizutragen.

Wir wollen gemeinsam mit den Partnern in der NATO und in der Europäischen Union genau diese Freiheit verteidigen.

// Prof. Dr. Roland Wöllner
Fotos: S. Füssel



6. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Sorge um Sachsens Wälder

BÜNDNISGRÜNE setzen den kritischen Zustand des Waldes auf die Tagesordnung

// Volkmars Zschocke // Foto: S. Füssel

6. Sitzung des Sächsischen Landtags

// »Waldsterben 2.0 verhindern – der sächsische Wald braucht gemeinsames Handeln im Klimawandel« lautete am 30. Januar 2020 eine Aktuelle Debatte im Sächsischen Landtag. Redner aus allen Fraktionen bekräftigten, wie wichtig die Thematik ist. //

Immense Schäden

Der aktuelle Zustand des Waldes sei dramatisch, warnte Volker Zschocke, BÜNDNISGRÜNE. Das Waldsterben habe eine globale Dimension angenommen. Schwere Stürme, Trockenheit und Schadinsekten hätten dem sächsischen Wald stark zugesetzt und enorme Mengen Schadholz produziert. Es brauche kurzfristig mehr Mittel sowie einen schnelleren, klimastabilen Umbau der Wälder. Man könne zudem von der Natur lernen, wie sich das komplexe Ökosystem von selbst regeneriere.

Die Wälder leisteten einen wichtigen Beitrag für Menschen und Tiere, konstatierte Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU. Zu kurz komme in der aktuellen Diskussion hingegen der Wert des Rohstoffes Holz. Die Waldschäden verursachten hohe Vermögensverluste.

Man habe deshalb versucht, mit Ausnahmeregelungen für Holztransporte oder finanzieller Unterstützung Hilfe zu leisten. Beim Aufforsten solle die Vielfalt der Natur genutzt werden, den Nadelwald abzuschaffen, sei jedoch falsch.

Anpassungen notwendig

Ivo Teichmann, AfD, stimmte seinen Vorrednern zu, dass der sächsische Wald gemeinschaftliche Hilfe brauche. 10 000 Hektar Baumbestand seien seit 2017 vollständig verloren gegangen. Anstatt den Wald sich selbst zu überlassen, müssten gezielt zukunftsfähige Baumarten gepflanzt werden, die den Klimaveränderungen standhielten. Die Waldbesitzer benötigten stärkere Hilfe. Die Bedeutung der Holzwirtschaft, insbesondere für den ländlichen Raum, werde häufig unterschätzt.

Antonia Mertsching, DIE LINKE, bewertete die kurzfristig bereitgestellten Gelder der Staatsregierung zur Bewältigung der Borkenkäferschäden als richtiges Signal. Weiterhin solle das Umweltministerium eine große Baumpflanzaktion in der Oberlausitz koordinieren. Man müsse angesichts der riesigen Schadholzmengen in Setzlinge investieren, Nasslager schaffen und Holz aufkaufen.

Wichtig sei zudem, die langfristige Forschung und die Personalausstattung im Forst zu verbessern.

Waldumbau beschleunigen

Auf die besondere Situation der Wälder müsse man noch stärker aufmerksam machen, forderte Volkmars Winkler, SPD. Bisher fehle der große Aufschrei in der Bevölkerung, wie es ihn in den 1980er-Jahren gab. Der Baumbestand solle schneller zu robusten Mischwäldern umgebaut werden. Aktuell erfordere es große Anstrengungen, neue Bäume aufzuforsten und Schadholz zu entfernen. Für diese Eingriffe, die Unruhe brächten, müssten die Menschen Verständnis haben.

Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, verwies auf die enorme Zahl von Schadholz seit 2017. Man könne nicht warten, dass die Natur sich selbst helfe, sondern müsse handeln. Die Regierung stelle 10 Millionen Euro für Waldschutzmaßnahmen und Naturverjüngung zur Verfügung, weitere 52 Millionen, um jetzt schon bekannte Schäden zu beseitigen. Langfristig sei es allerdings notwendig, den ökologischen Waldumbau weiter zu forcieren.

Hintergrund: Waldzustand in Sachsen

Foto: Ph. Zieger

Die immergrünen Baumbestände der Sächsischen Schweiz, des Erzgebirges und des Vogtlands sind weit über die Landesgrenze hinaus bekannt. Sie spenden uns Menschen Erholung und sind eine wichtige Ressource für die heimische Holz- und Forstwirtschaft. Auch für Wildtiere, Pilze und andere Organismen ist der Wald ein lebensnotwendiger Naturraum.

Rückgang des Waldbestandes

Vor rund 500 Jahren verfügte Sachsen über einen Waldanteil von 80 % seiner Fläche. Das Bevölkerungswachstum und der Siedlungsbedarf, später auch der zunehmende Bergbau und die Eisenverhüttung, ließen den Holzverbrauch stark ansteigen. Bis 1800 verringerte sich die Waldfläche auf 33 %. Nur durch die Einführung nachhaltiger

// In Sachsen sind rund 28 % der Landesfläche mit Wald bedeckt. Trockenheit, Wetterextreme und Schädlinge haben den Bäumen in den vergangenen Jahren zugesetzt. Der Sächsische Landtag diskutierte aus diesem Grund in seiner 6. Plenarsitzung am 30. Januar 2020 über den aktuellen Zustand der Wälder. //

Forstwirtschaft konnte eine weitere, substantielle Dezimierung der Bestände verhindert werden. Um dennoch den steigenden Verbrauch zu decken, pflanzte man vor allem schnell wachsende Nadelhölzer, wie Fichten oder Tannen.

In den 1980er-Jahren schädigte vielerorts saurer Regen die Baumbestände. Immer größere Industrieanlagen und Kohlekraftwerke verschmutzten fast unkontrolliert die Luft. Erst durch strengere Vorschriften und technische Innovationen gelang es, die Luftqualität zu verbessern. Die jüngste Gefahr für den sächsischen Wald zeichnet sich durch eine Veränderung der klimatischen Bedingungen ab. Steigende Temperaturen, Trockenheit, Wetterextreme und Schädlinge setzen den Bäumen zu.

Extreme Wettereinflüsse

Laut dem aktuellen Waldzustandsbericht des sächsischen Staatsforstes sind die Bodenspeicher durch die Trockenheit der letzten beiden Jahre aufgebraucht. In Folge der Dürre nimmt die Kronendichte der Gehölze ab. Der mittlere Nadel- und Blattverlust der Waldbäume im Jahr 2019 betrug 23,3 % und war damit so hoch wie nie. Das langjährige Mittel der Kronendichte, die seit 1991 gemessen wird, liegt bei 17,2 %. Knapp ein Drittel aller Bäume zeigen anhand ihrer Kronen deutliche Spuren der Klimaveränderungen.

In den Jahren 2018 und 2019 machten zudem schwere Stürme den Waldbesitzern zu schaffen. Im Januar vergangenen Jahres

führten starke Schneefälle bei relativ hohen Temperaturen zu Nassschneebrüchen auf großer Fläche. Im verbliebenen Bruchholz fand der Borkenkäfer einen optimalen Brutraum, um sich zu vermehren. Nach Angaben des Staatsbetriebs Sachsenforst sind damit seit Oktober 2017 über sechs Millionen Festmeter Holzschäden entstanden.

In den kommenden Jahren müssen nun viele Tausend Hektar wiederbewaldet werden, um die Baumverluste auszugleichen. Außerdem empfehlen Waldexperten, neue Baumarten in Sachsen anzupflanzen. Der große Bestand an Fichten und Kiefern ist für die mittelfristig steigenden Temperaturen, Dürren und Stürme nicht optimal geeignet. Aufgeforstet werden sollen eher resistente Sorten, wie Robinie oder Rot-eiche, die mit den Klimaveränderungen besser zurechtkommen.



// Henning Homann // Foto: S. Füssel

6. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Wertschätzung für Azubis

SPD will Rahmenbedingungen für berufliche Bildung verbessern

// Im Sächsischen Landtag stand am 30. Januar 2020 die Zukunft der Berufsausbildung auf der Tagesordnung. Die Aktuelle Debatte unter dem Titel »Mindestausbildungsvergütung, Azubi-Ticket, Schulgeldfreiheit – berufliche Bildung weiter stärken« hatte die SPD beantragt. //

Azubi-Ticket ist begehrt

Das beitragsfreie Studium und die Berufsausbildungsstellen im Mittelpunkt der Politik, sagte Henning Homann, SPD. Der Fachkräftemangel sei die größte Bedrohung für den Wohlstand. Durch die Mindestausbildungsvergütung und das Azubi-Ticket verbessere sich die Situation junger Auszubildender deutlich. In Zukunft sollten auch das Berufsschulnetz weiter gestärkt und Erziehungsberufe schulgeldfrei werden. Deutschland sei aufgrund der demografischen Entwicklung ferner auf Zuwanderung angewiesen.

Andreas Nowak, CDU, stimmte mit seinem Vorredner überein, dass eine ordentliche Ausbildungsvergütung notwendig sei. Das im vergangenen Jahr eingeführte Azubi-Ticket komme ebenfalls gut an. Um die berufliche

Bildung zu stärken, müsse der Geltungsbereich des Tickets weiter vergrößert und auf die Freiwilligendienste ausgedehnt werden. Es nütze jedoch nichts, wenn die Regeln zur Beantragung an der Lebenswirklichkeit der Betriebe und Azubis vorbeigingen.

Ausbildung schafft Wohlstand

Dr. Rolf Weigand, AfD, schlug vor, im gleichen Umfang, wie der Freistaat Sachsen die akademische Ausbildung bezuschusse, auch den Ausbildungsbetrieben unter die Arme zu greifen. Man müsse die Ausbildung in kleineren Betrieben aufwerten und ihnen wieder Luft zum Atmen verschaffen. Sie dürften steuerlich nicht ausgebeutet werden. Dazu gehöre es auch, die Handwerksberufe zu erhalten und nicht zu akademisieren. Für bestimmte Berufe müssten junge Menschen begeistert werden.

Der Wohlstand unseres Landes beruhe auf einer hohen Ausbildungsqualität, sagte Nico Brünler, DIE LINKE. Es gebe im Berufsbildungssystem allerdings viele Probleme, wie etwa die mangelnde Ausbildungsbereitschaft einiger Unternehmen. Die Mindestvergütung in der Ausbildung könne bisher noch durch tarifliche Einigungen unterlaufen werden. Das Azubi-Ticket solle weitere Gruppen

einschließen, und wenn die Nachfrage weiter steige, müsse der Freistaat auch weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Ausbildung wertschätzen

Christin Melcher, BÜNDNISGRÜNE, stellte fest, dass der Abwärtstrend bei den Ausbildungsverträgen vorerst gestoppt sei. Dennoch dürfe man nicht nachlassen, die Attraktivität der beruflichen Bildung zu erhöhen. Dies gelte besonders in den Berufsfeldern Pflege und Erziehung. Der Weg für eine moderne Berufsausbildung führe nur über Inklusion, bei der kein Kind zurückgelassen werde. Mit sogenannten Ausbildungswerken könne man zudem Auszubildende gebündelt unterstützen.

Heute würden sich die Unternehmen bei den jungen Menschen bewerben, erklärte Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Daher müsse man den Auszubildenden Wertschätzung entgegenbringen, wie etwa durch die Mindestausbildungsvergütung. Auch die Rahmenbedingungen der Berufsorientierung gelte es, etwa durch Ausbildungsmessen, zu verbessern. Letztlich dürfe die duale nicht gegen die akademische Bildung ausgespielt werden, vielmehr brauche es beide.

Mut und Zuversicht in unruhigen Zeiten



Foto: S. Füssel

// Am Tag der Heiligen drei Könige, dem 6. Januar 2020, lud Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zum traditionellen Neujahrsempfang ein. Er appellierte für eine Politik der mutigen Schritte und mehr Zutrauen in die eigene Stärke. //



// Im Sächsischen Landtag fand am 6. Januar der traditionelle Neujahrsempfang statt. Über 350 Gäste aus Politik, Wirtschaft und dem öffentlichen Leben waren der Einladung von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner gefolgt und tauschten sich über Vorhaben und Möglichkeiten für das politische Jahr 2020 aus. //

»Mehr Zutrauen in unser Land und seine Menschen«

Dr. Thomas Schubert

Landtagspräsident fordert in Neujahrsansprache nachhaltige Politik ohne »hysterische Szenarien und radikale Kehrtwenden«.

Zutrauen in die eigene Stärke

In seiner Rede rief der Landtagspräsident die Sachsen zu mehr Zuversicht und Zutrauen in die eigene Stärke auf. In den

vergangenen 30 Jahren seit der Gründung des Freistaates Sachsen habe man viel erreicht, habe Großes geleistet, auf das man stolz sein könne. »Stück

für Stück haben wir ein neues, modernes, demokratisches Gemeinwesen geschaffen und einen wirksamen Rechts- und Wohlfahrtsstaat etabliert, mit viel Solidarität, vor allem aber mit eigenen Ideen und ganz viel Tatkraft der Menschen.«

Dennoch grassierten in Deutschland wie in Sachsen zurzeit politische Erzählungen von Abstieg und Niedergang. »Wo ist das Zutrauen in die eigene Stärke und Zukunftskraft geblieben? Weshalb setzen wir nicht der »deutschen Nationalkultur des Frustes«, wie es jüngst Joachim Gauck nannte,

eine sächsische Kultur des Mutes und der Zuversicht entgegen? Lassen wir unseren Blick nach vorn nicht von Ängsten oder Nervosität bestimmen! Besinnen wir uns auf unsere Stärken!«, forderte Röbner.

Nachhaltige Politik ohne »hysterische Szenarien und radikale Kehrtwenden«

Mit Blick auf die Wahlperiode und die neu gebildete Staatsregierung mahnte der Landtagspräsident eine nachhaltige





Fotos: S. Füssel



// Michael Kretschmer und Dr. Matthias Röblier



Landespolitik an: »Nachhaltige Politik bringt Ökologie und Ökonomie qualitativ in Einklang miteinander, ohne die eigene Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Nachhaltige Politik pflegt das finanzpolitische Erbe – die ›schwarze Null‹ – und ermöglicht trotzdem Zukunftsinvestitionen, pflanzt also ›neue Bäume‹. Nachhaltige Politik wahrt die Werte und schützt die Kultur sowie die Tradition des eigenen Landes, unsere Identität, für kommende Generationen. Und sie vermindert die Spaltung in der Gesellschaft, indem sie das Gemeinsame achtet.«

Vor allem aber gehe nachhaltige Politik maßvoll vor, vermeide Überforderung. Sie nehme die Menschen mit, sei an deren Urteil interessiert, stülpe Dinge nicht alternativlos oder alternativ über. »Nachhaltigkeit meint in der Demokratie eine Politik der überlegten Schritte. Sie steht für Kontinuität im Wandel, sie entsagt hysteri-

schen Szenarien und radikalen Kehrtwenden. Was sich bewährt hat, das bleibt. Wo Veränderungen nötig sind, dort werden sie angepackt – dort werden die Probleme gelöst und nicht nur angesprochen.«

Kompromisse sind in der Demokratie nötig

Der Parlamentspräsident appellierte an die Abgeordneten: »Verantwortungsvolle Politik darf nie darin bestehen, den Menschen so viel Angst einzujagen, bis ihnen jede Lösung oder jedes Mittel recht ist. Verantwortlich handelnde Politik heißt immer positive Verantwortung den Menschen und dem Land gegenüber.« Eine wichtige Aufgabe der Abgeordneten sei es, sich den Menschen zuzuwenden und deren Anregungen aufzunehmen. Röblier knüpfte daran einen Wunsch an:



// Während des Empfangs überbrachten Sternsingerkinder der Kirchgemeinden Dresden-Löbtau und Dresden-Plauen den Segen und sammelten Spenden. Die Sammlung steht im Jahr 2020 unter dem Motto »Segen bringen, Segen sein. Frieden! Im Libanon und weltweit«. Die »Aktion Dreikönigssingen« ist die größte Solidaritätsaktion von Kindern für Kinder weltweit.

»Praktizieren wir ein kultiviertes Miteinander im Landtag, leben wir Demokratie vor!«

»Gesellschaftliche Missstände anzuprangern gehört zur Arbeit dieses Parlaments genauso wie politische Alternativen aufzuzeigen und für sie zu streiten. Probleme zu lösen und das Land besser zu machen, das muss unser aller Ziel sein.« Dafür

seien Kompromisse nötig, gerade ob »der neuen Realität lagerübergreifender Politik«. Die Stärke der freien Bürgergesellschaft, so Röblier, liege schließlich in ihren vielen verschiedenen Sichtweisen sowie in der Fähigkeit, sie in Einklang zu bringen. Mit diesem Anspruch müsse sich nun die neue Koalition auf den Weg machen.

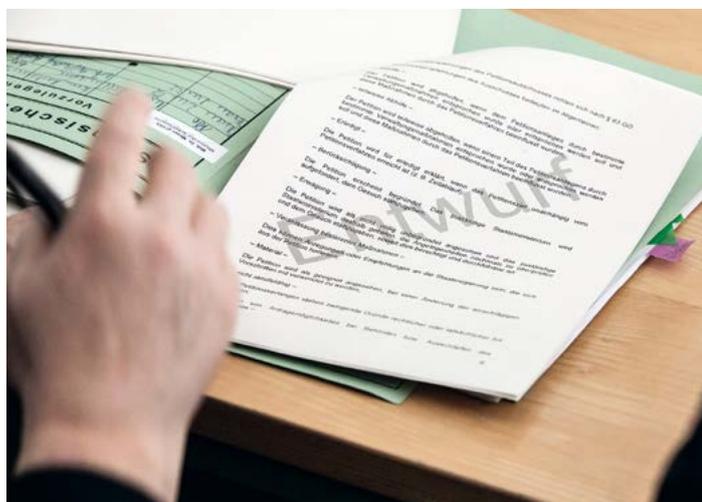


// Sitzung des Petitionsausschusses // Fotos: S. Füssel

Die Ausschüsse und Gremien der 7. Wahlperiode

Janina Wackernagel

// In seiner 4. Sitzung hat der Sächsische Landtag beschlossen, welche Ausschüsse in der 7. Legislaturperiode geschaffen werden. Zu entscheiden war, wie viele Ausschüsse es geben soll, wie viele Mitglieder diese regulär haben sollen und wie sie thematisch zugeschnitten werden. Die Fraktionen haben sich für einen Aufbau analog zu den Staatsministerien der neuen Staatsregierung entschieden. Im Januar 2020 fand schließlich die personelle Besetzung der Ausschüsse durch die Fraktionen statt. //



Zu den ständigen Ausschüssen des Landtags gehören zudem der Bewertungsausschuss (10 Mitglieder), der sich mit möglichen Stasi-Belastungen von Abgeordneten auseinandersetzt, sowie der Wahlprüfungsausschuss (7 Mitglieder), der sich mit Einsprüchen zur Landtagswahl befasst. Während vom Landtag bereits Martin Modschiedler, CDU, als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses gewählt wurde, steht die personelle Besetzung des Bewertungsausschusses noch aus.

In den genannten Ausschüssen sind je 19 Abgeordnete vertreten. Eine Ausnahme bildet der Petitionsausschuss, ihm gehören künftig 28 Mitglieder an. In jedem Ausschuss werden die Fraktionen im gleichen Stärkeverhältnis vertreten sein wie im Plenum.

Hinzu kommt der 1. Untersuchungsausschuss des 7. Sächsischen Landtags (18 Mitglieder), über den im Landtagskurier Heft 8/2019 bereits berichtet wurde. Den Vorsitz hat hier Lars Rohwer, CDU.



Weitere Gremien

Darüber hinaus wurden verschiedene Gremien eingesetzt, darunter das Datenschutzgremium, die G-10-Kommission, das Parlamentarische Kontrollgremium und die Parlamentarische Kontrollkommission.

Alle Detailinformationen zur genauen personellen Zusammensetzung der Ausschüsse und Gremien des 7. Sächsischen Landtags finden Sie auf der Internetseite des Landtags.



VORSITZ

Ausschuss für Inneres und Sport
Ronald Pohle (CDU)



VORSITZ

Haushalts- und Finanzausschuss
Holger Hentschel (AfD)



VORSITZ

Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus
Dr. Claudia Maicher (BÜNDNISGRÜNE)



VORSITZ

Ausschuss für Regionalentwicklung
André Barth (AfD)



VORSITZ

Ausschuss für Schule und Bildung
Christopher Hahn (AfD)



VORSITZ

Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Ines Springer (CDU)



VORSITZ

Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung
Marko Schiemann (CDU)



VORSITZ

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Ines Saborowski (CDU)



VORSITZ

Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Susanne Schaper (DIE LINKE)



VORSITZ

Petitionsausschuss
Simone Lang (SPD)



VORSITZ

Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten
Roland Walter Hermann Ulbrich (AfD)



www.landtag.sachsen.de/de/landtag/ausschuesse



// Dr. Matthias Rößler verpflichtete Gerhard Liebscher (BÜNDNISGRÜNE), Simone Lang (SPD), Volkmar Winkler (SPD) und Ines Kummer (BÜNDNISGRÜNE) // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Neue Abgeordnete verpflichtet

Regierungsbildung bringt neues Personal in den Landtag

// Fünf Regierungsmitglieder legten nach Bildung der neuen Staatsregierung ihr Landtagsmandat nieder. Durch die Mandatsverzichte rückten weitere Abgeordnete nach. In der Plenarsitzung am 29. Januar 2020 wählte der Landtag zudem Geert Mackenroth, CDU, erneut zum Sächsischen Ausländerbeauftragten. //

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler verpflichtete vier der neuen Abgeordneten zu Beginn der Plenarsitzung am 29. Januar 2020 per Handschlag.

Personalwechsel bei den BÜNDNISGRÜNEN

Die BÜNDNISGRÜNEN Katja Meier, Dr. Gerd Lippold und Wolfram Günther haben im Januar und Anfang Februar ihre Abgeordnetenmandate niedergelegt. In der neu gebildeten Staatsregierung wurde Katja Meier zur Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung berufen. Wolfram Günther übernahm das Amt des Staatsministers für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Sein Staatssekretär wurde Dr. Gerd Lippold. Wolfram Günther gab zudem den Fraktionsvorsitz ab, die BÜNDNISGRÜNEN wählten daraufhin Franziska Schubert zu seiner Nachfolgerin.

Für die ausgeschiedenen Abgeordneten zogen der Diplom-Ingenieur Gerhard Liebscher aus Lottengrün (Vogtlandkreis) und die Messtechnikerin Ines Kummer aus Freital (Säch-

sische Schweiz-Osterzgebirge) nachträglich in den Landtag ein. Für Wolfram Günther rückt Petra Čagalj Sejdi nach.

Zwei nachgerückte Abgeordnete bei der SPD

Die neue Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, SPD, legte ebenfalls im Januar ihr Landtagsmandat nieder. Auch die bisherige Fraktionsgeschäftsführerin der SPD, Dagmar Neukirch, gehört nach ihrer Ernennung zur Staatssekretärin nicht mehr dem Parlament an. Für sie erhielten die gelernte Krankenschwester Simone Lang aus Breitenbrunn (Erzgebirgskreis) und der Diplom-Ingenieur Volkmar Winkler aus Mügeln (Nordsachsen) nachträglich ein Landtagsmandat. Beide Politiker waren bereits in der vergangenen Wahlperiode Mitglieder des Landtags.

Geert Mackenroth bleibt Ausländerbeauftragter

Der Sächsische Landtag hat den früheren Staatsminister der Justiz, Geert Mackenroth, CDU, erneut zum Sächsischen Ausländerbeauftragten gewählt. Er übt dieses Amt bereits seit 2014 aus. Ziel seiner Arbeit ist es, die rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Integration der in Sachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern.



LAUFENDE GESETZGEBUNG

STAND: 30. Januar 2020

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Gemeinschaftsschule im Freistaat Sachsen, 7/522 Volksantrag	Der Volksantrag verfolgt das Ziel, mit der Gemeinschaftsschule ein zusätzliches Angebot neben den bestehenden Schularten zu schaffen.	1. Beratung am 30.01.20 und Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung
Gesetz zur Verbesserung der Informationsbeziehungen zwischen dem Sächsischen Landtag und der Staatsregierung, 7/588 DIE LINKE	Das beabsichtigte Gesetz soll die Unterrichtspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Landtag präziser ausgestalten. Insbesondere soll sie das Parlament früher und noch umfangreicher über geplante Initiativen informieren.	1. Beratung am 20.12.19 und Überweisung an Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung
Gesetz zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, 7/679 Staatsregierung	Der Entwurf sieht vor, dass Inhaber von mehreren Wohnungen für diese nicht mehr als einen vollen Rundfunkbeitrag bezahlen müssen.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus
Gesetz über die Karenzzeit von Mitgliedern der Sächsischen Staatsregierung, 7/681 DIE LINKE	Das Sächsische Ministergesetz soll um eine Karenzzeitregelung ergänzt werden, nach der die Aufnahme einer Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus dem Amt unter bestimmten Bedingungen anzeigepflichtig ist und unterbunden werden kann.	1. Beratung am 20.12.19 und Überweisung an Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag, 7/873 Staatsregierung	Der Entwurf soll Bestimmungen zum Glücksspiel neu regeln. Unter anderem ist vorgesehen, den Abstand von Wettvermittlungsstellen zu allgemeinbildenden Schulen auf 250 Meter Luftlinie zu erhöhen.	Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (federführend) und den Haushalts- und Finanzausschuss
Gesetz über den sozialen Wohnraum im Freistaat Sachsen, 7/891 DIE LINKE	Der Gesetzentwurf soll unter anderem ein eigenständiges Wohnraumförderungsgesetz ermöglichen sowie soziale Wohnraumförderung bestärken und verstetigen.	1. Beratung am 30.01.20 und Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung (federführend) und den Ausschuss für Inneres und Sport
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes, 7/912 Staatsregierung	Das angestrebte Gesetz soll die Auswahlkriterien für die Zulassung zu medizinischen Studiengängen neu und verfassungskonform regeln.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

In der 5. und 6. Plenarsitzung wurden keine Gesetzentwürfe beschlossen.



// Ein Novum im Sächsischen Landtag: Erstmals in seiner Geschichte erhielten die Initiatoren eines Volksantrags das Rederecht im Parlament. In dem von ihnen eingebrachten Gesetzentwurf sprechen sie sich für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen aus. //

// Doreen Taubert, Vertrauensperson der Volksantragsteller // Foto: S. Füssel

Volksantrag-Initiatoren sprechen erstmals im Plenum

Redaktion

Landtag diskutiert längeres gemeinsames Lernen

Die Sächsische Verfassung sieht vor, dass neben dem Landtag und der Staatsregierung auch das Volk Gesetze auf den Weg bringen kann. Das Bündnis »Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.« versucht auf diese Weise, die Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen per Gesetz durchzusetzen. Dazu wurden 50 120 Unterschriften durch die Unterstützer gesammelt und im August 2019 dem Landtagspräsidenten übergeben.

Nach einer formalen Zulässigkeitsprüfung stand der Volksantrag am 30. Januar auf der Tagesordnung des Parlaments. Anders als bei bisherigen Volksanträgen, mit denen sich das Parlament befasste, erteilten die Abgeordneten den Einbringern erstmals das Rederecht im Plenum. In der Debatte wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich, die nach der Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung nun zur Entscheidung vorbereitet werden.

Volksgesetzgebung in Sachsen

Ein Volksantrag benötigt mindestens 40 000 stimmberechtigte Unterschriften. Ihm muss ein begründeter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Erklärt der Landtagspräsident den Antrag nach Prüfung für zulässig, wird er im Parlament behandelt. In der Regel erfolgt nach der ersten Beratung die Überweisung in den zuständigen Fachausschuss. Über dessen Beschlussempfehlung wird im Anschluss an eine zweite Beratung im Plenum abgestimmt. Wird der Volksantrag ohne Änderung beschlossen, tritt er nach Verkündung als Gesetz in Kraft.

Im Falle der Ablehnung können die Antragsteller ein Volksbegehren in Gang setzen, das von mindestens 450 000 Stimmberechtigten unterstützt werden muss. Wird dieses Quorum erfüllt, kommt es zu einem Volksentscheid, bei dem alle stimmberechtigten Bürger über den Antrag entscheiden. Bei mehr Ja- als Neinstimmen gilt er als beschlossenes Gesetz. Das geschah bisher einmal in Sachsen (siehe Kasten).

Bisherige Volksanträge in Sachsen seit 1990

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes im Freistaat Sachsen
(Einbringung 2001, 62 000 Unterschriften, Antrag nicht erfolgreich)

Gesetz über die Änderung des Sparkassengesetzes des Freistaates Sachsen
(Einbringung 1999, 96 317 Unterschriften, Antrag erfolgreich)

Gesetz über das Leitbild, die Leitlinien und die Durchführung der Gemeindegebietsreform im Freistaat Sachsen
(Einbringung 1997, 58 691 Unterschriften, Antrag nicht erfolgreich)

Gesetz über die Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen
(Einbringung 1997, 115 283 Unterschriften, Antrag nicht erfolgreich)

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen
(Einbringung 1994, 188 731 Unterschriften, Volksbegehren nicht erfolgreich)

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen
(Einbringung 1993, 55 446 Unterschriften, Volksbegehren nicht erfolgreich)

Gesetz zur Novellierung des Schulgesetzes im Freistaat Sachsen
(Einbringung 1993, 50 379 Unterschriften, Antrag nicht erfolgreich)

Gesetzentwurf zur Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Kreisgebietsreform
(Einbringung 1992, 45 000 Unterschriften, Antrag nicht erfolgreich)



Ein Symbol der Hoffnung inmitten grenzenlosen Leids



Foto: T. Schlorke

// Der Sächsische Landtag und die Staatsregierung erinnerten am 27. Januar 2020 gemeinsam an die Opfer des Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt des Gedenkens stand eine Erzählung von Zofia Posmysz, einer Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz. //



// Sofia von Freydorf (Cello) und Markus Thalheimer (Harfe)

»Jeder Einzelne muss Antisemitismus bekämpfen«

Dr. Thomas Schubert

Gedenkstunde am 27. Januar 2020 im Sächsischen Landtag



// Dr. Matthias Röbler

Auf den Tag genau 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee erklang im Plenarsaal des Sächsischen Landtags das Musikstück »Tote wollen nicht verweilen« des österreichischen Komponisten Victor Ullmann. Es handelt sich um eines seiner letzten Lieder. Im Oktober 1944 wurde er aus dem Lager Theresienstadt nach Auschwitz deportiert und dort kurz nach seiner Ankunft ermordet. Die musikalische Umrahmung passte ebenso zum



// Michael Kretschmer

Erinnerungsjubiläum wie zum Thema der Gedenkstunde, die Einzelerzählungen des Holocausts in den Mittelpunkt stellte.

Antisemitismus bekämpfen

»Wir gedenken heute der Opfer des Nationalsozialismus und des Menschheitsverbrechens

// Mit einer gemeinsamen Veranstaltung erinnern der Sächsische Landtag und die Staatsregierung seit 2006 traditionell am 27. Januar an die Opfer des Nationalsozialismus. Im Zentrum stand diesmal eine Lesung aus dem Werk »Christus von Auschwitz« der polnischen Autorin Zofia Posmysz. //

Holocaust«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler zu Beginn. »Wir gedenken derer, die in der Zeit des deutschen Wütens ihr Leben ließen. Wir trauern mit all jenen, die Angehörige und Freunde verloren haben.«

Besonders bedeutsam seien die vielen von den Opfern erzählten Geschichten aus dieser Zeit. Sie ließen uns das Unbegreifbare erahnen, so der Landtagspräsident. »Sie eröffnen uns die Individuen hinter den Millionen Namen der Shoah-Opfer. Ihre verbrieften Schicksale sind der niemals zu leugnende Beweis. Sie zeigen das

Geschehene, wie es war. Wir dürfen daher nicht müde werden, selbst kleinste Episoden darzustellen«, bekräftigte Röbler.

Leider seien Antisemitismus und antijüdische Ressentiments in unserer Gesellschaft noch immer verbreitet. »Jeder Einzelne von uns hat die Pflicht, Antisemitismus zu bekämpfen. Und noch viel mehr: Wenn Rechtsstaat und Demokratie in Verruf gebracht werden, wenn der Hass auf Andersdenkende grassiert, dann müssen wir dagegen vorgehen.« Nichts rechtfertigte Todesdrohungen, Gewaltaufrufe oder politisch motivierte Angriffe, machte



// Mitglieder des Theaters Seniors während der Lesung // Fotos: T. Schlorke

Rößler klar. Wer so etwas tue, habe nichts aus unserer Geschichte gelernt.

Umgang mit eigener Geschichte

Ministerpräsident Michael Kretschmer unterstrich die kontinuierliche Aufgabe des Erinnerns. Der Holocaust sei ein »beispielloses Verbrechen« und der »dunkelste Teil der deutschen Geschichte«. Millionen von Menschen seien von den Nationalsozialisten grausam ermordet worden. Umso wichtiger sei es, wie die Deutschen zu ihrer Geschichte stehen. Der Weg des verantwortungsvollen Umgangs mit der eigenen Geschichte habe die Bundesrepublik stark gemacht und zur Versöhnung mit Israel und dem jüdischen Volk beigetragen. »Zu unserer Art, in Deutschland zu leben, gehört eine klare Haltung zu unserer Vergangenheit, eine eindeutige Ablehnung jeder Form von Antisemitismus und eine Unterstützung für das Existenzrecht von Israel«, betonte Kretschmer. Neue Formen des Gedenkens, wie etwa die Verlegung von »Stolpersteinen«, seien begrüßenswert.

Lesung »Christus von Auschwitz«

Im Zentrum der Gedenkstunde stand diesmal eine Lesung, dargeboten vom Theater Seniors. Die 2008 veröffentlichte Erzählung »Christus von Auschwitz« stammt aus der Feder der Holocaust-Überlebenden Zofia Posmysz. Die polnische Autorin schildert darin eine tief berührende Begebenheit aus ihrem Lageralltag. Als 20-Jährige begegnet sie 1943 dem polnischen Offizier Tadeusz Paolone in der Küchenbaracke des Frauenlagers in Auschwitz. Die kurzen Treffen mit diesem außergewöhnlichen Menschen blieben ihr ein Leben lang im Gedächtnis. Als Andenken ist ihr nur ein im Lager gefertigtes Medaillon geblieben, das er ihr einst schenkte und das ihr Kraft spendete.

»Auf der obersten Pritsche im Block zehn, im Licht der untergehenden Sonne, deren Strahlen durch die Fenster unter dem Dach fielen, betrachtete ich das Geschenk, das Gesicht des leidenden Jesus. Ohne Dornenkrone auf dem Haupt. Mit einem Dornenkranz verzierte der Künstler stattdessen den Ortsnamen auf der Rückseite: »Oświęcim«. Das weiter unten eingravierte

Kurzporträt von Zofia Posmysz



Zofia Posmysz wurde am 23. August 1923 in Krakau geboren. 1942 kam sie wohl wegen einer Denunziation zunächst in ein Krakauer Gefängnis, dann in das Frauenlager von Auschwitz-Birkenau. Sie durchlitt diese Lagerhölle, überstand Krankheit und Gewalt. Wohl aufgrund ihrer Deutschkenntnisse wurde sie »Schreiberin« in der Lagerküche. Hier begegnete sie Tadeusz Paolone, Tarnname »Lisowski«, wovon ihre Erzählung »Christus von Auschwitz« handelt. Im Januar 1945 überstand sie den »Todesmarsch« ins KZ Ravensbrück. Ihre Befreiung durch die Alliierten erlebte Zofia Posmysz am 2. Mai 1945 im Außenlager Neustadt-Glewe. Sie kehrte bald in ihre Heimatstadt Krakau zurück, wo ihre Mutter und ihr jün-

gerer Bruder den Krieg überlebt hatten. Ihr Vater war von Deutschen erschossen worden. In Warschau holte sie ihr Abitur nach, studierte Polonistik und arbeitete für die Literaturredaktion des Polnischen Rundfunks, wo sie bis zu ihrer Pensionierung wirkte. Ihren literarischen Durchbruch erlebte sie mit dem 1962 erschienenen, seither in ein Dutzend Sprachen übersetzten Roman »Die Passagierin«. Mieczysław Weinberg komponierte auf dessen Grundlage 1968 eine Oper, die aber erst 2010 im Rahmen der Bregenzer Festspiele uraufgeführt wurde. Weitere wichtige Werke von ihr sind die Erzählung »Sängerin« und der viel gelobte Roman »Ein Urlaub an der Adria«. Die 2008 veröffentlichte Erzählung »Christus von Auschwitz« knüpft an eine Episode aus dem Roman »Die Passagierin« an. Zofia Posmysz ist heute 97 Jahre alt und lebt in Warschau. Die vielfach ausgezeichnete Autorin ist Trägerin des deutschen Bundesverdienstkreuzes am Bande sowie des Ordens des Weißen Adlers, dem höchsten Ehrenzeichen der Republik Polen.

Jahr »1943« erinnerte mich daran, dass ich bald mein zwanzigstes Lebensjahr vollenden würde.«

Tadeusz Paolone schied so schnell aus ihrem Leben, wie er in es hineingetreten war. Am 11. Oktober 1943 wurde er zusammen mit anderen polni-

schen Offizieren erschossen. Zofia Posmysz erfuhr damals von seinem Tod, konnte aber erst nach ihrer Befreiung mehr über diesen, über ihren Helden erfahren, dem sie das Stück »Christus von Auschwitz« gewidmet hat.

SERVICE

Trauer um Ulf Großmann



Foto: S. Floss

Das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag trauert um einen seiner Kuratoren. Ulf Großmann (62) starb am 7. Januar nach langer schwerer Krankheit. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zeigt sich von seinem Tod erschüttert. »Ich habe Ulf Großmann als einen Menschen kennengelernt, der sich mit brennendem Herzen, glühender

Leidenschaft und überaus wachem Verstand für unsere Werte und Ideale eingesetzt hat. Er war ein überzeugter Europäer, ein Brückenbauer, der sein persönliches Credo »Kultur ist eine Brücke über Grenzen« tagtäglich vorlebte.« Ulf Großmann wurde 1957 in Dresden geboren. Seine berufliche Laufbahn begann er als Musiklehrer und Chorleiter. 1990 ging er in die Kulturpolitik. Seit der Gründung im Jahr 2011 gehörte er dem Kuratorium des Forums Mitteleuropa an.

Volkshandbuch erscheint im Februar

Im September 2019 wählte Sachsen einen neuen Landtag. Wie setzt sich das neue Parlament zusammen? Wer ist neu eingezogen? Wer wurde wiedergewählt? Auskunft zu diesen Fragen gibt das neue Volkshandbuch des Sächsischen Landtags zur 7. Wahlperiode. Es enthält die biografischen Daten, weitere Angaben und Bilder zu den einzelnen Abgeordneten. Außerdem bietet es Hintergrundwissen zu den Aufgaben, den Organen und der Arbeitsweise des Landtags. Das Volkshandbuch erscheint voraussichtlich Ende Februar in gedruckter Form. Die Publikation kann kostenfrei beim Sächsischen Landtag bestellt werden.



Türkischer Generalkonsul besucht Ständehaus

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler empfing am 6. Februar den Türkischen Generalkonsul in der Bundesrepublik Deutschland, Rifki Olgun Yücekök, anlässlich seines Antrittsbesuchs in Sachsen.



Foto: M. Rietzschel

Der Generalkonsul hatte am 15. September 2019 seinen Dienst im Generalkonsulat in Berlin aufgenommen. Er kam mit Dr. Matthias Rößler im Amtszimmer des Landtagspräsidenten im Sächsischen Ständehaus zusammen. Dort trug sich der Generalkonsul in das Gästebuch des Landtags ein.

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

18. – 19.03.2020
Beginn jeweils 10 Uhr

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

29. – 30.04.2020
10. – 11.06.2020
15. – 16.07.2020
01.09.2020

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besuchsbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132. Offene Führungstermine ohne Voranmeldung 2020: 06.03., 03.04., 08.05., 05.06., 03.07. (16 Uhr, Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
von 10 bis 18 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 03.02.2020

Gastautoren: Janina Wackernagel (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)